

Inklusion ohne Fürsorge geht nicht!

Von Fritz Bremer

Aufbauend auf langjährigen Erfahrungen in der Arbeit mit psychisch erkrankten Menschen sowie die Erfahrungen im Leben mit seiner geistig und körperlich behinderten Tochter entwirft der Autor einen Rahmen, in dem Inklusion erfolgreich werden kann. Denn es geht nicht nur um einen neuen Schritt zu mehr Teilhabe und Emanzipation von Menschen mit Behinderung. Es geht um nicht weniger als die Emanzipation aller Bürgerinnen und Bürger.



Fritz Bremer

Förderschullehrer, Diplom Pädagoge, Autor, Päd. Leitung der 'Brücke Neumünster', Mitbegründer der Zeitschrift 'Brückenschlag' und des PARANUS-Verlages, Mitbegründer der 'Soltau Initiative'

Chronisch und schwer psychisch erkrankte Menschen und Menschen mit mehrfacher und schwerer Behinderung sind auf beschützte Räume und Fürsorge angewiesen. Ohne solche Räume und fürsorgliche Hilfen können sie weder gesellschaftliche Teilhabe noch Zugehörigkeit erlernen und erfahren. Das deutlich zu sagen, ist in der gegenwärtigen Diskussion, die von der Verklärung des 'Ambulanten' und vom ideologischen Missbrauch des ehemals fortschrittlichen Ziels 'Ambulant vor Stationär' dominiert wird, schwierig geworden. Wer es so beschreibt, wird entweder für antiemanzipativ und antiinklusiv gehalten oder – insbesondere von Leistungsträgern – misstrauisch als plumper Fürsprecher der Interessen der Einrichtungsträger und der MitarbeiterInnen ins Abseits gestellt. Die einen denken in 'ambulanten Komplexleistungen' und 'Leistungspaketen', in denen beschützte Räume und fürsorgliches Handeln nicht mehr vorkommen. Die Fachsprache, die sich dazu entwickelt hat, klingt jedenfalls nicht mehr danach. Andere vertreten alte, paternalistische Fürsorgehaltungen, die gerade zur Diskreditierung eben dieser geführt haben. Was sind das nur für Debatten?!

Mein Eindruck: Die Fachdiskussion hat sich irgendwo zwischen nach wie vor emanzipativen, richtigen sowie notwendigen Zielen und dem ideologischen Missbrauch derselben verirrt. Weiterhin zwischen den Folgen der Ökonomisierung der sozialen Arbeit, den Anforderungen der UN-Konvention (BRK) und der Vorstellung von Inklus-

sion im Sinne von: 'ambulant' gleich 'inklusiv'. Sie tappt ratlos im Dunkeln.

Darüber hinaus ist mein Eindruck, dass das Gespräch zwischen Politik, Leistungsträgern, Verbänden und Leistungserbringern keine Fachdiskussion mehr ist, sondern ein ideologisch verkontes und wenig transparentes Ringen. Beispiel: Während die einen von der Annahme ausgehen, 'Ambulant vor Stationär' sei weiterhin der von allen gewünschte Weg zu mehr Selbstbestimmung und Inklusion, wollen die Anderen durch 'Ambulant vor Stationär' vor allem die Reduzierung der Kosten erreichen. Und etwas abseits dieses Ringens ist die eigentlich gemeinsame Verantwortung für Fürsorge und Verhinderung von Vernachlässigung in Vergessenheit geraten. Das ist, scheint mir, eine gefährliche Situation – gefährlich vor allem für chronisch psychisch erkrankte Menschen und Menschen mit schweren Behinderungen. Von diesen Verkantungen, von der Notwendigkeit behüteter Räume und angemessener Fürsorge und davon, wessen Aufgabe die Arbeit an Inklusion, mehr Zugehörigkeit und Teilhabe ist – davon handelt der folgende Beitrag.

Dies sind meine Bezugspunkte:

1. Die Erfahrungen besonderer, behinderter und hilfebedürftiger Menschen;
2. meine dreißigjährigen Erfahrungen in der gemeindenahen psychiatrischen Arbeit;
3. die Auseinandersetzungen um die Regionalisierung der Eingliederungshilfe in Schleswig-Holstein seit ca. 2006;

4. die ermutigenden Erfahrungen¹ mit verschiedenen vom Land Schleswig Holstein geförderten Inklusionsprojekten – mit psychisch erkrankten Menschen, Angehörigen, Vereinen, Schulen und interessierten BürgerInnen;
5. die vielfältigen Erfahrungen im Leben mit meiner inzwischen 19-jährigen, in Folge einer neurologischen Erkrankung schwer behinderten und sehr besonderen Tochter Sofia.

Die verirrteten Diskussionen benötigen erhellende und erleichternde klare Botschaften aus dem Alltag der Menschen, um die es geht. Denn die wichtigste Voraussetzung für angemessene Fürsorge und mehr Zugehörigkeit ist das Zuhören.

Was erleben die Menschen, um die es geht?

Was ist mit Fürsorge gemeint?

Im März 2014 führten die TeilnehmerInnen der Vollversammlung der Begegnungsstätte der 'Brücke Neumünster' ein Gespräch zu der Frage: „Wofür brauche ich die Begegnungsstätte?“

Diese Aussagen wurden aufgeschrieben: „Für mich ist die Begegnungsstätte ein zweites Zuhause. Hier kann ich sein wie ich bin.“

„Ich schätze die Gespräche mit den MitarbeiterInnen. Es gibt hier ein familiäres Beieinandersein. Ich habe viele Freundschaften gefunden. Bei Problemen finde ich hier immer ein offenes Ohr.“

„Ich finde hier die Möglichkeiten des Tätigseins. Jeden Tag hat die Begegnungsstätte geöffnet. Es gibt günstige Angebote, wie z.B. Frühstück und Mittagessen.“

„Ich fühle mich wohl. Wir gehen vertrauensvoll miteinander um. Bei Kummer oder Problemen gibt es hier Hilfe.“

„Jeder wird hier für voll genommen. Das ist nicht überall der Fall.“

„Unsere Begegnungsstätte liegt zentral und ist gut zu erreichen.“

„Ich möchte auch gern mal etwas anderes, außerhalb der Begegnungsstätte ausprobieren. Ich habe aber Ängste. Wie wäre dort die Akzeptanz der Anderen? Ich denke, hier ist eine höhere Akzeptanz.“

„Nationalität ist hier nachrangig: egal, wer man ist, wie man aussieht, hier darf man sein.“

„Es gibt Feste und Feiern. Jeder wird dazu eingeladen. Man muss einfach mitmachen. Das ist gerade für mich gut. Ich wäre sonst zögerlich. Ich kann da gut Kontakte knüpfen.“

Begegnungsstätten bzw. „Offene Hilfen“ schaffen behütete Räume und zugleich Öffnung nach außen: für neue Eindrücke, Aufgaben und Anregungen zugleich. An diesen Orten ist besonders gut zu erkennen, dass solche Räume und eine fürsorgliche Begleitung notwendig sind, um psychiatrienerfahrene Menschen zu mehr Selbstbestimmung und Teilhabe zu ermutigen.

Während einer Tagung „Zur Situation von Menschen mit einer psychischen Erkrankung oder Behinderung in Kiel“ am 5. März 2014 im Kieler Rathaus hielt Christian Sach ein beeindruckendes Referat mit dem Titel: „Bericht eines Menschen mit psychischer Beeinträchtigung.“ Er beschreibt die Bedeutung, die die Angebote des ‚Kieler Fensters‘ in Bezug auf Arbeit und Beschäftigung, soziale Kontakte, Therapie und Betreuung für ihn haben:

„Dies ist der Bereich, in dem ich als Psycho existiere. Es ist der einzige Bereich, in dem ich überhaupt noch existieren kann! Wenn ihr mir diese Säulen wegnehmt, gehe ich unter! Ich habe mal eine Gegenüberstellung ge-

macht. Auf der einen Seite die Welt der Psychos, meine Welt, in der ich rumturne, auf der anderen Seite die Welt des Normalo. In dieser Welt enthalten ist das Karussell der Normalität mit den vier Säulen erster Arbeitsmarkt, Familie, materieller Wohlstand und gesellschaftliche Teilhabe. Von diesem Karussell der Normalität bin ich runtergefliegen. Ich wurde von der Welt der Normalos in die Welt der Psychos geschleudert. Nach fünf Jahren muss ich nun feststellen: Es gibt für mich keinen Weg mehr zurück auf dieses Karussell. Und so möchte ich mein Statement mit der Feststellung beenden: Ja, ich lebe – aber ich lebe in einer Parallelgesellschaft.“

Seine Aussagen und die Art seines Vortrags haben mich sehr beeindruckt. Bemerkenswert finde ich vor allem die Klarheit, mit der er die Notwendigkeit der unterschiedlichen Säulen des geschützten Bereichs beschreibt und das Selbstbewusstsein, das in seinen Worten spürbar ist. Ich vermute, die Hilfen, die er erhält, sind für ihn akzeptabel. Sie stärken, trotz aller Einschränkung, trotz der Einsicht, in einer Parallelwelt zu leben, seine Autonomie, lassen ihn Selbstbestimmung und Zugehörigkeit erleben.

Ähnlich selbstbewusst und klar klingen die Worte von Felix. Er arbeitet, wird angeleitet und betreut im Beschäftigungsprojekt Tischlerei (SGB XII, EGH) der ‚Brücke Neumünster‘. Er ist gewählter Sprecher der betreuten MitarbeiterInnen der Tischlerei und schreibt: „Geschützte Arbeitsverhältnisse bieten die Möglichkeit zu einem individuellen Lebensentwurf mit Krankheit, aber ohne Isolation und Arbeitslosigkeit. Dafür mit Teilnahme am gesellschaftlichen Leben. Das Bewältigen von Kundenaufträgen, das Veranstellen von Basaren etc. führen zur Begegnung mit der Gesellschaft und steigern das gesellschaftliche Ansehen von pflegebedürftigen Menschen. Integration in den Arbeitsalltag und die Gemeinschaft stabilisieren das Wohlbefinden und führen zu mehr Selbstwertgefühl der Krankheitserfahrenen. Durch Berücksichtigung der Willens- und Entscheidungsfreiheit sowie durch die Wahrung von Mitbestimmungsmöglichkeiten bietet der ‚geschützte Raum‘ Hilfe zur Selbsthilfe (mehr Autonomie, mehr Selbstbestimmung) und bewahrt Menschenrechte. Das Training von

Leistungsfähigkeit und der Aufbau eines Netzwerkes nach außen (z.B. Hilfe bei Arbeits- oder Praktikassuche) fördert Chancengleichheit.“

Das sind maßgebliche Ziele der Eingliederungshilfe (SGB XII). Felix erfährt offenbar gerade im ‚geschützten Raum‘ Stärkung von Autonomie, Mitwirkung, Hilfe zur Selbsthilfe, Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. In einer Atmosphäre, die ich ausdrücklich als fürsorglich beschreiben möchte, fühlt er sich in seiner Selbstbestimmung gestärkt.

Der alte Begriff der Fürsorge diskreditierte sich selbst durch brutale Unterbringungsformen und Unterdrückungspraktiken, die das Gegenteil von dem waren, was mitmenschlich schützend und fördernd verstandene Fürsorge meinen könnte. Der schon diskreditierte Begriff wird gegenwärtig polemisch weiter entwertet, um eine Ideologie zu stützen, die klammheimlich den Abbau tatsächlich notwendiger Hilfen propagiert. Die Entwertung des Begriffs ‚Fürsorge‘ bzw. ‚fürsorgliche Haltung‘ ist Bestandteil der betriebswirtschaftlich orientierten Umdeutung von ‚Hilfen für hilfebedürftige Menschen‘ hin zu ‚Dienstleistungen am Kunden‘ geworden – zeitlich getaktet, messbar, kontrollierbar, steuerbar. Wenn die Hilfen für Menschen zu Dienstleistungen am Kunden werden, wird die Luft dünn für die Wertschätzung einer mitmenschlich fürsorglichen Grundhaltung. Denn die ist nicht abrechenbar.

Es ist erneut notwendig, ein mitmenschliches Verständnis von Fürsorge einzufordern: Eine fürsorgliche Haltung nimmt den anderen Menschen ernst, begegnet ihm mit Respekt, erkennt seine Begabungen, seine Fertigkeiten und seine Beeinträchtigungen. Eine respektvolle fürsorgliche Haltung weiß nicht immer schon, was für den Anderen gut ist. Sie entdeckt in der Begegnung, welche Hilfen für den Anderen notwendig und angemessen sind. Sie achtet auf den notwendigen Schutz und fördert die mögliche Autonomie des hilfebedürftigen Menschen. Sie hört immer zu.

Selbstbestimmung, Teilhabe, Zugehörigkeit von Menschen mit Behinderungen, inklusives Miteinander von Menschen mit und ohne Behinderung

– das alles geht nicht ohne Fürsorge. Die Haltung, die ich meine, wird noch klarer durch einen Blick auf das krasse Gegenteil der Erfahrungen von Felix.

Der chronisch psychoseerkrankte Herr K. arbeitet ebenfalls angeleitet und betreut in einem Beschäftigungsprojekt (SGB XII, EGH). Der zuständige Hilfeplaner der Verwaltung fordert ihn auf, einen Reha-Antrag zu stellen und Praktika in den in Frage kommenden Werkstätten (WfbpM) zu machen. Über die dann folgende Entwicklung schreibt seine Betreuerin: *„Er machte deutlich, dass er eine Veränderung nicht wollte und seinen Platz im Beschäftigungsprojekt behalten möchte. In aller Deutlichkeit wurde nun auf seine Mitwirkungspflicht hingewiesen und es wurde ihm die Weisung erteilt, die Praktika zu absolvieren. Ärztliche Stellungnahmen und die Unterstützung einer Anwältin konnten das Vorgehen nicht aufhalten. Herr K. war sehr verängstigt, dekompenzierte, wurde akut psychotisch und seine Medikation wurde erhöht. Weitere Gespräche mit dem Hilfeplaner führten zu keinem neuen Ergebnis. Herr K. war nur mit Begleitung durch einen anderen Klienten in der Lage die Praktika durchzustehen. Das ganze Geschehen zog sich über 18 Monate hin. Er konnte am Ende im Beschäftigungsprojekt bleiben, musste aber noch lange mit den Auswirkungen leben, die der Druck auf ihn ausgelöst hatte. Nach wie vor reagiert er mit großer Angst, wenn es um einen Antrag zur Weiterbewilligung und das anschließende Hilfeplangespräch geht, obwohl die folgenden Weiterbewilligungen ohne Probleme verliefen.“*

Aus der Sicht des Leistungsträgers wurde hier der rechtlich und formal mögliche Versuch gemacht, durch die Hilfeplanung die Vorrangigkeit der Leistung in der Werkstatt für Menschen mit psychischen Behinderungen bzw. den Nachrang der Eingliederungshilfe (SGB XII) durchzusetzen – aber wie: ohne hinzuschauen, ohne den betroffenen Menschen zu befragen und in fürsorglicher Weise einzubeziehen. Dieses erschreckende Vorgehen zeigt, was geschieht, wenn die Planung von Hilfe ohne Fürsorge geschieht. Sie wird für den hilfebedürftigen Menschen zur Bedrohung. Herr K. erfuhr nicht angemessene Unterstützung auf dem Weg zu mehr Autonomie, sondern verängs-

tigende Fremdbestimmung. Die Situation, in die er gebracht wurde, machte ihn hilfebedürftiger, als er es zuvor war. Schon die Art der Planung und Bewilligung von Hilfen hat fürsorglich zu sein. Nur dann kann sie für Menschen wie Herrn K. ein Schritt zu mehr Selbstbestimmung werden.

Erfahrungen mit geschützten Räumen für geistig und körperlich behinderte Menschen

Ich möchte von einigen Erfahrungen aus unserem Leben mit unserer geistig und körperlich behinderten Tochter berichten. Sie heißt Sofia und ist 19 Jahre alt. Die progressive neurologische Erkrankung (Rett-Syndrom), die zur mehrfachen Behinderung führte, begann in ihrem 16. Lebensmonat. Ihre Handfertigkeiten bildeten sich zurück. Sie konnte ihre Hände nicht mehr zielgerichtet bewegen. Sie begann mit stereotypen, wringenden Handbewegungen. Sie verlor die ersten Ansätze von Sprachentwicklung und begann zu lautieren – beeindruckend und ausdrucksstark. Aber unsere Sprache spricht sie nicht. Und wir sprechen nicht ihre. Wir haben oft den Eindruck, dass sie mehr versteht, als sie zum Ausdruck bringen kann. Sie übt, wir üben ‚unterstützte Kommunikation‘. Nach unserem Eindruck hat diese Methode bei Sofia aber deutliche Grenzen. Mit dem Voranschreiten der neurologischen Erkrankung wurde Sofias Mobilität, ihre Gehfähigkeit mehr und mehr eingeschränkt. Sofia benötigt Begleitung, Betreuung und Pflege rund um die Uhr. Ihre besonderen Begabungen sind ihre Freundlichkeit, ihr mildes Lächeln, ihre Fröhlichkeit, ihre Geduld. Sie hat eine wohltuende Wirkung auf andere Menschen, auf die Gruppe, auf ihre soziale Umgebung.

Im Sommer 2013 endete die Zeit der Betreuung in der Schule. Mit viel Glück fanden wir für sie bald einen Platz in einer ‚Tagesstätte‘ und einige Monate später – ebenfalls mit viel Glück – in einer ‚vollstationären Wohngruppe‘. Dort wohnt sie nun seit Oktober 2013. An den meisten Wochenenden ist sie bei uns in der Familie. Inzwischen ist sie gerne im Zuhause ‚Wohngruppe‘ und im Zuhause ‚Familie‘. Am Rande erfahre ich ein wenig über das Ringen der Einrichtungsleitung mit dem Leistungsträger um die Refinanzierung

des Personals. Wir Angehörige haben Angst vor einer Reduzierung der Stundenzahlen. Wir halten die gegenwärtige personelle Besetzung für zwingend notwendig. Eine Reduzierung wäre fahrlässig.

Sofia kann ohne eine ausreichende Begleitung, Betreuung, Pflege nicht leben. Es ist so drastisch, wie ich es schreibe: Ihre Hände werden von stereotypen Bewegungsabläufen beherrscht. Da sie also ihre Hände nicht zielgerichtet einsetzen kann, ist es für sie z.B. unmöglich ohne Hilfe zu essen. Ein geschützter Raum und Hilfe bei allem ist für sie überlebenswichtig. Und nur wenn sie diese Hilfen erhält, kann sie dazugehören. Zugehörigkeit, gar Inklusion ohne Fürsorge geht nicht.

Einige Situationen in Sofias Leben und unserem Leben mit ihr werden genauer zeigen, was gemeint ist. Als wir mit Erschrecken bemerkten, dass mit Sofia irgendetwas Seltsames geschieht, machten wir uns auf die Suche nach einer Erklärung. Auf dieser Suche nach der Diagnose erlebten wir in verschiedenen Praxen und Kliniken Diskriminierung und Ausgrenzung. Ich erinnere mich an dieses Niemandslandgefühl – mit Sofia auf und ab auf den langen Fluren einer Klinik. Diejenigen, die uns hilfreiche Hinweise gaben und sich Zeit nahmen für Untersuchung und Gespräch, empfinde ich noch heute als Wohltäter. Sie halfen uns weiter dazuzugehören.

Die Frühförderung mussten wir unter Androhung von Rechtsmitteln erstreiten. Wir mussten um Hilfen für Sofia und uns kämpfen. Jede Zurückweisung verschärfte das Empfinden von Ausgrenzung. Sofia und wir brauchten die heilpädagogische fachkundige Begleitung in der ‚Integrativen KiTa‘, damit Sofia auch außerhalb des geschützten Raumes ‚Familie‘ dazugehören konnte – und wir mit ihr. Sofia und wir brauchten die gut organisierten Wochenendgruppenfahrten der ‚Offenen Hilfen‘ für behinderte Kinder. Sofia konnte erfahren, dass sie auch ohne Familie und ohne Schutzraum ‚Schule‘ Neues erleben und in einem anderen Lebenskreis dazugehören kann. Sie kam nach jeder Fahrt freudig zurück. Wir konnten lernen, dass sie auch ohne uns bestehen konnte, dass wir loslassen können.

Der Konfirmandenunterricht und die Konfirmation wurden für Sofia und uns möglich, weil die Pastorin und ihre vier Helferinnen Sofia während der ganzen Zeit fürsorglich begleiteten. Eine der Helferinnen war immer an Sofias Seite. So konnte sie dazugehören und am Tag der Konfirmation zusammen mit allen Anderen in die Kirche einziehen. Ja, sie ging am Arm der Pastorin an der Spitze des Zuges. Als wir sie hereinkommen sahen, bemerkten wir in ihrem Gesicht einen Ausdruck von Stolz.

So könnten noch viele weitere Berichte folgen, die immer wieder klar machen: Inklusion, Zugehörigkeit, Teilhaben erfordern fürsorgliche Begleitung. Die dafür notwendigen geschützten Räume dürfen all den ‚Sofias‘ und ihren Familien nicht streitig gemacht werden.

Abschließend dazu die schriftliche Stellungnahme einer körperlich behinderten Frau, die in Sofias Tagesstätte arbeitet und betreut wird. Frau K. schreibt: *„Ich arbeite hier in der Tagesstätte, weil ich behindert bin. Ich brauche in meinem Alltag Unterstützung beim Essen und Trinken, bei der Toilette, beim Busfahren. Sprechen kann ich mit meinem Talker, das dauert aber etwas länger. Ich arbeite nur mit meiner rechten Hand. Ein Bus holt mich zur Arbeit ab und bringt mich wieder nach Hause. Für mich ist ein barrierefreier Arbeitsplatz wichtig. Welcher Arbeitgeber bietet mir unter meinen Bedingungen einen Arbeitsplatz an? Welche Arbeit passt zu mir? Ich arbeite seit 1970 in der Tagesstätte. Mit 19 Jahren habe ich hier angefangen. Die Schule habe ich nur kurz besucht. Vorrangig filze ich in der Textilgruppe Handschuhe. Das macht mir großen Spaß. Ich habe hier viele verschiedene Aufgaben, die zu meiner Arbeit gehören. Meine Arbeit führe ich so schnell und so gut es mir möglich ist aus. Ich arbeite nicht unter Zeitdruck und bekomme die Hilfe und die Hilfsmittel, die ich brauche. Ich kann mir keinen besseren Arbeitsplatz vorstellen.“*

Psychisch erkrankte Menschen, Menschen mit Behinderung müssen gefragt werden. Ihre Beschreibung der Hilfen und der Zugehörigkeit, die sie benötigen und wünschen, muss und kann

der verirrten Fachdiskussion wieder Boden unter den Füßen verschaffen. Die Menschen, um die es geht, müssen befragt werden. Ihre Aussagen müssen Grundlage der politischen und der Fachdiskussion über die Entwicklung der Hilfen sein.

Das geht alle an

Geschützte Räume – von den ‚Offenen Hilfen‘ bis zur ‚Wohngruppe‘ – sind einem immensen Finanzierungs-, Kontroll- und Steuerungsdruck ausgesetzt. Das entsprechende Handeln der Leistungsträger wird begleitet von einer – jedenfalls hier im Norden – polemisch geführten Debatte über die Kosten der Eingliederungshilfe. Anlässlich eines Betrugsverdachts gegen zwei Einrichtungen erschienen am 19.

April 2014 in verschiedenen Zeitungen im Lande (z.B. Courier, Seite 1 und 3) Artikel unter den Überschriften: „Millionen für Behinderte: Träger verweigern Prüfung“ und „Ausgaben für Eingliederungshilfe explodieren – Betrugsverdacht gegen Einrichtung“. Im Kommentar findet sich der alarmierende Satz: „Die Ausgaben für Eingliederungshilfe explodieren, betragen mit fast 600 Millionen Euro mehr als das Land für Hochschulen ausgibt.“

Das geht in die falsche Richtung. Ja, das ist Propaganda gegen notwendige Hilfen. Viele hilfebedürftige Menschen, Angehörige, MitarbeiterInnen und gemeinnützige Träger schauen mit Sorge und Befürchtungen in die Zukunft. Die Politik ist gefordert. Sie muss für Klarheit sorgen und sich eindeutig zum Bestand und zur Umsetzung der sozialen Rechte hilfebedürftiger Bürgerinnen und Bürger äußern.

Abschließend: In einer solchen Lage wird die hochgestimmte Inklusionsdebatte zur Farce. Polemische, diskreditierende Aussagen über notwendige Hilfen und die Eingliederungshilfe-Realitäten selbst machen eines ganz deutlich: Die Arbeit an der Umsetzung der UN-BRK und die Arbeit an der Entwicklung von Inklusion und Teilhabe den Menschen mit Behinderungen, den Angehörigen, den Einrichtungen und den dort tätigen MitarbeiterInnen zuzuschreiben, das ist ein gravierender Fehler.

Hier sind alle Bürgerinnen und Bürger gefragt – vor allem die, die ganz neu lernen können auf Menschen mit Behinderung zuzugehen. Das wird viel Arbeit, besonders wenn wir an sogenannte „sozial toxische Umwelten“ denken². Die Bürgerinnen und Bürger müssen – ich denke auch fürsorglich – an diese neue Aufgabe herangeführt werden. Und die Politik muss für die Arbeit an der Umsetzung der UN-BRK einen ernstzunehmenden Rahmen schaffen – in einer Weise, die nicht zu Selektion und Vernachlässigung führt.

Nun hören wir aber inzwischen beim Thema ‚Inklusive Schule‘ und auch in der Eingliederungshilfe die Frage nach der ‚Inkludierbarkeit‘ von Menschen mit Behinderung. Schiefer kann man kaum gewickelt sein. Wer nach der ‚Inkludierbarkeit‘ eines Menschen fragt, hat die wirklich neue Herausforderung nicht verstanden und macht die Forderung nach Inklusion zum Kriterium einer neuen Form von Selektion und Exklusion. Die ganze Gesellschaft, alle Bürgerinnen und Bürger sind gefragt. Es geht nicht nur um einen neuen Schritt zu mehr Teilhabe und Emanzipation von Menschen mit Behinderung. Es geht um die Emanzipation aller BürgerInnen – weg von Diskriminierung, von Angst vorm Anderssein, von Fremdenfeindlichkeit und hin zu mehr Zugehörigkeit und Anerkennung. ●

Anmerkungen

1 Inklusion ist kein schneller Trost... oder: Nur Widerstreit führt zur Zugehörigkeit, Fritz Bremer, in: Soziale Psychiatrie, 03/2008, S. 26 ff. Inklusion ist kein schneller Trost...(Teil II), Fritz Bremer, in: Soziale Psychiatrie, 04/2009, S. 10 ff.

Inklusion praktisch – was da alles drin ist! Fritz Bremer, in: Teilhabe in Zeiten verschärfter Ausgrenzung, Wittig-Koppe, Bremer, Hansen (HG), 2010, S. 107 ff.

2 Welche Zukunft hat die Gemeinde?, Heiner Legewie, in: Sozialpsychiatrische Informationen, 01/2010, S. 31 ff.